

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - KRB/025(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Dienstag,  15.11.2016	Altes Rathaus Alemannzimmer	17:00Uhr	18:10Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.10.2016 und 19.10.2016
- 4 2. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung DS0411/16
- 5 2. Änderungssatzung der Abfallwirtschaftssatzung DS0412/16
- 5.1 Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz DS0420/16
- 6 Umsetzung des 11-Punkte-Programms der vom Stadtrat beschlossenen Schlussfolgerungen aus der Hochwasserkatastrophe 2013 (DS0237/14) I0235/16

7	Sichere Abstellanlagen - Grundlage zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls	A0085/16
7.1	Sichere Abstellanlagen - Grundlage zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls	S0232/16
8	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd	A0097/16
8.1	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd	A0097/16/1
8.2	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd	S0237/16
9	Verschiedenes	

Anwesend:**Vorsitzende/r**

Burkhard Lischka

**Mitglieder des Gremiums**

Thomas Brestrich

Michael Hoffmann

René Hempel

**Sachkundige Einwohner/innen**

Wolfgang Stein

**Geschäftsführung**

Britta Becker

Christian Hausmann (Vertreter für SR Kräuter)

Hans-Joachim Mewes (Vertreter für SR Hempel)

Monika Zimmer (Vertreterin für SR Köpp)

Abwesend:**Mitglieder des Gremiums**

Günther Kräuter

Karsten Köpp

Olaf Meister

**Sachkundige Einwohner/innen**

Thomas Opp

Peter Uhlmann

---

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Auf bitten der Verwaltung schlägt der Vorsitzende vor, die Drucksache DS0420/16 – Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz –unter Tagesordnungspunkt 5.1 zu behandeln.

Über die geänderte Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.10.2016 und 19.10.2016

---

Über die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 12.10.2016 und 19.10.2016 wird wie Folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

4. 2. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung  
Vorlage: DS0411/16

---

**Frau König, SAB**, bringt die Drucksache ein.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

5. 2. Änderungssatzung der Abfallwirtschaftssatzung  
Vorlage: DS0412/16
- 

**Frau König**, SAB, bringt die Drucksache ein.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

- 5.1. Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz  
Vorlage: DS0420/16
- 

**Frau Daniel**, FB 02, bringt die Drucksache ein.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

6. Umsetzung des 11-Punkte-Programms der vom Stadtrat  
beschlossenen Schlussfolgerungen aus der  
Hochwasserkatastrophe 2013 (DS0237/14)  
Vorlage: I0235/16
- 

**Herr Langenhan**, Amt 37, macht Ausführungen zur Informationsvorlage der Verwaltung.

**Herr Mewes** fragt nach, wie der aktuelle Stand der Beteiligung der Hafem GmbH an den Hochwassermaßnahmen ist. Weiterhin fragt er nach den Sicherungsmaßnahmen zum Umspannwerk Rothensee nach.

**Herr Platz** informiert, dass die Beteiligung der Hafem GmbH teilweise über das Wirtschaftsdezernat und teilweise über die Hafem GmbH läuft. Es handelt sich hier um ein langfristiges Projekt. Zum Bereich Rothensee äußert er, dass dieser komplett durchgeplant ist, so dass eine Situation wie 2013 nicht mehr eintreten wird.

**Herr Mewes** fragt nach, ob der Hochwasserbeauftragte über die Maßnahmen in Rothensee informiert ist.

**Herr Platz** bejaht die Frage von Herrn Mewes. Zu dieser Problematik gab es auch schon Bürgerversammlungen in Rothensee.

**Frau Zimmer** fragt nach Sicherungsmaßnahmen zum Gröninger Bad nach.

**Herr Langenhan** äußert, dass für das Gröninger Bad die Planungen bereits vorliegen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Sichere Abstellanlagen - Grundlage zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls  
Vorlage: A0085/16
- 

**Herr Lemm**, Amt 61, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Er informiert, dass die Garagen- und Stellplatzsatzung komplett überarbeitet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

- 7.1. Sichere Abstellanlagen - Grundlage zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls  
Vorlage: S0232/16
- 

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd  
Vorlage: A0097/16
- 

**Herr Hausmann** bringt den Antrag für die einbringende Fraktion ein.

**Herr Hoffmann** bringt den Änderungsantrag für die einbringende Fraktion ein.

**Herr Platz** informiert, dass es sich bei den Bürgerbüros um eine Verwaltungsdienstleistung handelt. Somit obliegt die Entscheidung dem Oberbürgermeister und nicht dem Stadtrat. Die Bürgerbüros sollen zukunftsfest gemacht werden. Die mobilen Bürgerbüros wurden von der Bevölkerung nicht angenommen.

**Herr Brestrich** äußert, dass der Änderungsantrag der Stadtverwaltung etwas mehr entgegen kommt.

**Frau Zimmer** bedauert etwas die Zentralisierung der Bürgerbüros. Hierbei handelt es sich auch um eine soziale Sache. Die Dezentralisierung hat viel Zuspruch erlebt. Sie fand das Pilotprojekt Olvenstedt sehr gut. Das mobile Bürgerbüro in Reform wurde ihrer Meinung nach nicht angenommen, weil es nicht bekannt war.

**Herr Mewes** vertritt die Auffassung, dass die Stadträte sich nicht das Recht nehmen lassen sollten, hier mit zu entscheiden, auch wenn es hier um reines Verwaltungshandeln geht.

**Herr Lischka** versteht die Beweggründe der Verwaltung. Er versteht aber auch die Stadträte, die darüber nachdenken, wohin sich die Stadt in Zukunft bewegt.

**Herr Platz** legt dar, dass die Verwaltung zwei Workshops zu dieser Problematik veranstaltet hat. In der Diskussion mit den Stadträten ging es fast immer um die Standortfrage. Er informiert, dass es in naher Zukunft eine Drucksache geben wird, die über den zukünftigen Standort des Bürgerbüros Mitte informiert. Er schlägt vor, den Antrag in das I. Quartal 2017 zu vertagen. Die Verwaltung hat keinen Zeitdruck. Die Realisierung erfolgt frühestens in drei Jahren.

**Herr Lischka** vertritt den Standpunkt, dass die Vertagung im Stadtrat beschlossen werden sollte.

**Herr Mewes** bittet um Darstellung einer Zeitschiene in der Stadtratssitzung.

Der Antrag A0097/16 hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0097/16/1 erledigt.

8.1. Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd  
Vorlage: A0097/16/1

---

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

8.2. Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd  
Vorlage: S0237/16

---

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

---

**Herr Platz** informiert, dass die Klage in Sachen „Zensus“ abgelehnt wurde. Die Stadt wird wahrscheinlich in Berufung gehen. Hierzu wird er jedoch noch genauer informieren.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka  
Vorsitzender

gez. Britta Becker  
Schriftführerin